

# Editorial

## Klima – Politik und Profit

Die Klimakatastrophe hat Konjunktur. Auch wenn dieses Thema derzeit von der Krise der internationalen Finanzmärkte in der medialen Öffentlichkeit einigermaßen verdrängt wird, zeichnet sich doch bereits ab, dass die allgemeine Sensibilisierung gegenüber CO<sub>2</sub>-Emissionen nachhaltige Wirkung entfaltet und Probleme des Klimawandels die gesellschaftlichen Debatten weiter wesentlich bestimmen werden. Nach Veröffentlichung des Vierten Sachstandsberichts des Intergovernmental Panel on Climate Change (IPCC) 2007 und dem daraus resultierenden Hype in den Medien – als aus Cassandra-Ruferinnen und -Rufern quasi über Nacht gefragte Expertinnen und Experten in Talkshows und anderen Runden wurden –, rieben sich noch manche verwundert die Augen; doch schnell war klar, dass kritische Analyse, Begleitung und Intervention weiterhin dringend geboten sind. Allzu selektiv werden auf Naturverhältnisse und ökologische Vergesellschaftung zielende wissenschaftliche Arbeiten zur Kenntnis genommen, allzu euphorisch sind die Jubelchöre über die neuen Standortvorteile Deutschlands angesichts „fortschrittlicher“ Energietechnologien; allzu nahtlos fügt sich die zunehmende Inszenierung Chinas und Indiens als aufsteigende Umweltverschmutzer in die Diskurse, in denen sie auch ökonomisch als bedrohliche neue „Giganten“ am Weltmarkthorizont ausgemacht werden (vgl. *PERIPHERIE* 111); allzu bitter ist die Erkenntnis, dass der Boom sogenannter Biotreibstoffe zulasten der Ernährungssituation der Armen und selbst ganzer Länder des Südens ging und geht; allzu naheliegend der Verdacht, dass die Kosten der (scheinbaren) Wende in der Klimadebatte einmal mehr auf den globalen Süden abgewälzt werden könnten. Die vom sprichwörtlichen Untergang bedrohten Küsten- und Inselstaaten der OASIS-Gruppe waren schon lange die Verlierer beim Anstieg des Meeresspiegels, denn anders als beispielsweise die Niederlande können sie sich nicht kosten- und technologieintensiv darauf vorbereiten. Jetzt werden diese und andere Länder des Südens auch noch als Absatzmärkte für Technologie, als Produzenten nachwachsender Rohstoffe (wieder-)entdeckt. Die Modernisierungstheorie simpelster Prägung lässt grüßen. Nachhaltigkeit wird als Entwicklungsverheißung konstruiert, die asymmetrische Aufteilung des Weltmarkts dabei stillschweigend oder offen gewinngewiss vorausgesetzt.

All diese Fragen sind nicht neu. Das vorliegende Heft reiht sich insofern in eine ganze Reihe von kritisch hinterfragenden Publikationen ein. Darin liegt eine der großen Leistungen der Ökologie-, der Solidaritäts- und Dritte-Welt-Bewegung: Sie haben sich nicht gegeneinander ausspielen lassen. Und die Angebote dazu waren zahlreich: sei es das Reden von einer Überbevölkerung, die in ihrem rassistischen Kern in steigenden Geburtenraten in Ländern des Südens ein Zunichtemachen der Technologieerfolge des Nordens ausmachte; sei es die Romantisierung so genannter indigener bzw. traditioneller Lebensweisen als naturverbunden und ökologisch, die mitunter zu der Forderung führte, „denen“ die westliche und naturfeindliche Entwicklung nicht mehr „vorschreiben“ (welch eine Projektion!); oder sei es die Umdeutung des modernisierungstheoretischen Entwicklungsbegriffs in mindestens zwei Varianten: erstens durch das Versprechen, im Anschluss an Technologiefortschritte v.a. im Energiebereich mit nachhaltiger Entwicklung als neuem Zauberwort Wohlstand für alle zu schaffen und damit Kritik am System des Welthandels und an Strukturen der Abhängigkeit – Kernthemen der Solidaritätsbewegung – zu diskreditieren; zweitens durch die Schuld- oder mindestens Ursachenzuweisung für die Vernichtung von Regenwäldern, exponentiell steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen u.ä.m. an die jeweiligen Schwellenländer und damit durch die zunächst implizit und bald explizit gestellte Frage, ob denn als Modernisierung verstandene Entwicklung wirklich für alle machbar sei. So wird konzeptionell die bestehende globale Hierarchie festgeschrieben, solange nicht das herrschende Produktions- und Lebensmodell der kapitalistisch entwickelten Regionen zur Disposition gestellt wird. Auch Überlegungen über die mögliche Notwendigkeit einer autoritären Weltregierung zur Durchsetzung ökologischer Prinzipien haben dazu beigetragen, Divergenzen in den genannten Bewegungen zu verstärken.

16 Jahre nach der Rio-Konferenz mag die Geschlossenheit geradezu überraschen, mit der Bewegungen auftreten, die sonst an unterschiedlichen Themen ansetzen und auch unterschiedliche Orientierungen aufweisen. Dazu hat auch beigetragen, dass die Debatte schon sehr früh eben auch an der Schnittstelle zwischen beiden Themen geführt wurde, in der *PERIPHERIE* u.a. in den beiden Themenheften zu „Neue Umweltordnung?“ (Nr. 51/52) und „Ökologie und Ökonomie“ (Nr. 54), die im Kontext der Auseinandersetzung um die Rio-Konferenz erschienen. Das vorliegende Heft setzt diese Tradition unter veränderten Verhältnissen fort. In den beiden *PERIPHERIE*-Stichworten, „Nachhaltige Entwicklung“ von *Edgar Fürst* und „Gesellschaftliche Naturverhältnisse“ von *Christoph Görg*, werden wesentliche Eckpunkte der Begriffe prägnant dargestellt und im Kontext der laufenden klimapolitischen Debatte verankert. Der Kampf für eine andere Welt(wirtschafts)ordnung und

für Solidarität mit dem Süden widerspricht nicht dem Kampf für eine andere, ökologische Vergesellschaftung. Ganz im Gegenteil: Sollen sie Erfolg haben, müssen sie Hand in Hand gehen. Es geht also nicht um falsche Alternativen in der Prioritätensetzung, sondern vielmehr um politische Auseinandersetzung, im Kern: In welcher Welt wollen wir leben? Denn eine andere Welt ist und bleibt möglich – es gibt Alternativen gesellschaftlicher Verhältnisse ebenso wie gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Analysen zur Politik mit und um das Klima, Hintergründe und Überblick, nicht zuletzt Theorie- und Begriffsarbeit sind hier hilfreiche, mitunter unverzichtbare Unterstützung.

Die Klimaveränderung reproduziert globale Ungleichheit. So lässt sich die Analyse von *Kristina Dietz* und *Achim Brunnengräber* sehr kurz resümieren. Zudem verteilen sich Verantwortung und Folgen noch einmal ungleich über den globalen Raum, und in kleineren Einheiten sind bereits jetzt soziale Ungleichheiten in der Betroffenheit durch die Folgen unverkennbar. Die „umfassende Gesellschaftskrise“ wird freilich konzeptionell allzu leicht in Einzelkatastrophen aufgeteilt, und in internationalen Verhandlungen bleibt die Standortkonkurrenz oft genug bestimmend. Wie sich an den einzelnen Instrumenten zur Bewältigung des Klimawandels zeigt, wurden bestehende Machtverhältnisse in den Verhandlungsprozessen bisher beständig reproduziert. Das gilt für übergreifende Entwicklungspläne ebenso wie für Finanzinstrumente oder den Clean Development Mechanism, dessen spezifische Wirkungsweise sich auch unter engen klimapolitischen Gesichtspunkten als fragwürdig erweist. Die Diagnose von „Blindstellen der internationalen Klimapolitik“ wird so erweitert zum Verdikt des „Öko-Kolonialismus“.

Die Klimadebatte hat der fieberhaften Suche nach Lösungen Auftrieb gegeben, darunter auch der politischen Förderung von Agrartreibstoffen als angeblich klimafreundlicher Energiealternative. Der Beitrag „Nachhaltige Profitmaximierung. Der Palmöl-Industrielle Komplex und die Debatte um ‘nachhaltige Biotreibstoffe’“ von *Oliver Pye* analysiert am Fall der malaysischen Palmölindustrie die wachsende Bedeutung der Konzerne in dieser Debatte. Ihre Expansion infolge der Aussichten auf einen wachsenden Absatzmarkt in Europa hat jedoch nicht nur neue soziale Konflikte in Malaysia und Indonesien hervorgerufen. Die wirksame Kritik von Umwelt- und Entwicklungsorganisationen an Agrartreibstoffen als nachhaltiger Energiequelle gefährdet auch diese Expansion. Die Antwort der Industrie besteht darin, einen Diskurs über die angebliche Vereinbarkeit von sozialer Entwicklung, Umweltschutz und Geschäft („People, Planet and Profit“) zu lancieren, sowie in der Entwicklung eines Zertifizierungssystems für Palmöl („Roundtable on Sustainable Palm Oil“), bei dem auch eine Reihe von Nichtregierungsorganisationen eingebunden werden konnten. Angesichts der anhaltenden und

breiter werdenden Kritik in Europa und den Erzeugerländern an Agrartreibstoffen, insbesondere auch wegen ihrer negativen Auswirkungen auf die Ernährungsbedingungen, schätzt der Autor die Erfolgsaussichten dieser Strategie allerdings als durchaus offen ein.

Mit den Folgen von Naturkatastrophen im karibischen Raum setzt sich der Beitrag von *Stefan Alscher* auseinander. Zwar ist in der klimatologischen Diskussion umstritten, ob sich durch die Erwärmung der unteren Atmosphäre (Troposphäre) und der Ozeane die Anzahl der Wirbelstürme erhöhen wird; Konsens besteht aber weitestgehend darin, dass ihre Intensität zunehmen wird. Vor diesem Hintergrund zeigt der Autor, dass diese Naturkatastrophen in erster Linie soziale Katastrophen sind. Denn zum einen leiden gerade die Armen am gravierendsten unter den unmittelbaren Folgen der Stürme. Zum anderen macht Alscher am Beispiel des Wiederaufbaus nach den Stürmen *Stan*, der 2005 vor allem im Armenhaus Mexikos Chiapas wütete, und *Wilma*, der im selben Jahr die Tourismusregion der Riviera Maya im Bundesstaat Quintana Roo traf, klar, wie die staatlichen Hilfsprogramme die Tendenz zur ungleichen Entwicklung verstärken und so zur Verschärfung sozialer Gegensätze beitragen.

Außerhalb der Schwerpunkts greift Wolfgang E. Fischer in seinem Diskussionsbeitrag eine Debatte wieder auf, die in den Heften Nr. 107 und Nr. 108 (2007) mit den kontroversen Beiträgen von Theo Rauch und Gerhard Hauck über die Bedeutung der Armutsbekämpfung, die Ursachen weltweiter Armut und den Begriff der Entwicklung eingeleitet wurde. Fischer zeigt nun, dass nur ein Paradigmenwechsel in der Entwicklungspolitik zu dauerhaften Lösungen führen kann.

Mit dem vorliegenden Heft schließen wir den 28. Jahrgang ab. Für den 29. Jahrgang sind Hefte zu den Themen „Der Süden im Bilde“, „Globale Sozialpolitik“ und „Okkupationen“ geplant. Die Calls for Papers für diese Ausgaben finden sich auf unserer Homepage. Zu diesen und anderen Themen sind Beiträge wie immer sehr willkommen.

Zum Abschluss des Jahrgangs möchten wir uns wieder herzlich bei den Gutachterinnen und Gutachtern bedanken, die durch ihre gründliche, engagierte und kritische Arbeit zum Gelingen der Hefte maßgeblich beigetragen haben. Ihre Namen sind in alphabetischer Reihenfolge im Jahresregister aufgeführt. Ferner gilt unser Dank Sarah Becklake, die als englische Muttersprachlerin die Summaries korrigiert hat. Schließlich bedanken wir uns auch bei allen Leserinnen und Lesern, Abonentinnen und Abonnenten sowie bei den Mitgliedern der Wissenschaftlichen Vereinigung für Entwicklungstheorie und Entwicklungspolitik e.V., die die *PERIPHERIE* herausgibt. Unsere

größtenteils ehrenamtliche Arbeit ist weiterhin von Spenden abhängig. Besonders freuen wir uns über neue Abonnentinnen und Abonnenten. Wir wünschen Ihnen und Euch eine anregende Lektüre und einen guten Start ins neue Jahr 2009.

Besuchen Sie uns auf unserer Internetseite:

<http://www.zeitschrift-peripherie.de>.

Dort finden Sie außer den Call for Papers für die kommenden Hefte ein Formular zum Bestellen einzelner Hefte oder eines Abonnements sowie weitere Informationen zur PERIPHERIE.